Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. Juli 1932.

Int. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Vergebliches Abrücken !

SPD. Ein neuer Massenbetrug ist im Gange. Je näher der Wahltermin heranrückt, desto mehr fühlen die Nationalsozialisten, dass die Aufklärungsarbeit der Eisernen Front über die Zusammenhänge zwischen der Regierung der Barone und Hitler sich auf breite Wählerschichten auswirkt, die bisher auf den Schwindel vom "Dritten Reich" hereingefallen waren. Deshalb sind die Nazis jetzt krampfhaft bemüht, durch Scheinangriffe auf die Reichsregierung ihre Anhänger darüber zu täuschen, dass sie für alle Taten der Nachfolger Brünings mitverantwortlich sind. Sie versuchen, die Rebellion ihrer eigenen betrogenen proletarischen Anhänger durch eine nachträgliche Kampfansage gegen die Notverordnungen zu beschwichtigen, und erst recht sind sie jetzt krampfhaft bemüht, von dem Ergebnis der Lausanner Konferenz abzurücken. Wir aber werden dieses unehrliche Ablenkungsmanöver durchkreuzen, indem wir immer wieder und unermüdlich dem deutschen Volke einhämmern:

Ohne Hitler kein Papen!
Die Regierung der Barone ist das Ergebnis eines Geheimpaktes Hitler Schleicher!
Hitler hat der Reichsregierung wohlwollende Neutralität versprochen - dafür hat ihm die Regierung u.a. folgendes gewährt: Reichstagsauflösung, Freigabe des Rundfunks für nationalsozialistische Propaganda, Aufhebung des SA-Verbots und Notverordnungsjacken!

Während eines ganzen Monats hat sich Hitler an den Pakt gehalten, zumal in den ersten vier Wochen die Vorleistungen der Regierung erst nach und nach erfüllt werden konnten. Insbesondere musste der Widerstand der süddeutschen Länder gegen die ihnen von Berlin aus aufgezwungenen Bürgerkriegszustände durch eine besondere Notverordnung auf Befehl Hitlers gebrochen werden. Nachdem nun das Reichskabinett alle diese geheimen Zusagen erfüllt hat, versucht Hitler, seine Handlungsfreiheit gegenüber den regierenden Baronen wieder zu gewinnen. Er muss es versuchen, weil die Revolte im eigenen Lager um sich greift und weil die bisherigen Mitläufer, durch die Propaganda der Sozialdemokratie aufgeklärt, scharenweise das Hakenkreuzbanner verlassen, nachdem die Tolerierung Papens durch Hitler immer offenkundiger geworden ist.

Zehn Tage lang hatten die Naziführer und die Naziblätter zu der Notverordnung geschwiegen und bis heute hat es Gregor Strasser hartnäckig abgelehnt den Ueberwachungsausschuss des Reichstages einzuberufen, weil er es seiner Fraktion ersparen will, zu den Kürzungen der Renten und Unterstützungen sowie zu dem übrigen arbeiterfeindlichen Inhalt des Papenschen Hungerdiktats offiziell Stellung nehmen zu müssen. Genau so hat die Nationalsozialistische Partei während der dreiwöchigen Dauer der Lausanner Konferenz geschwiegen, nachdem Frick als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses dessen Einberufung aus den gleichen Gründen verweigert hatte wie Strasser. Dabei stand schon nach wenigen Tagen fest, dass Papen eine deutsche Abschlusszahlung grundsätzlich zugesagt hatte. In seiner ersten Rede hatte er sogar die Rechtsgültigkeit des

Youngplanes ausdrücklich anerkannt. Nicht nur in seinem vergebens abgeleugneten "Matin"-Interview, sondern auch in den Verhandlungen selbst hatte e den Anspruch Frankreichs auf "Kompensationen" für den Verzicht auf den Youngplan zugestanden. Zu alledem hat Hitler konsequent geschwiegen, obwohl jede andere Reichsregierung, die eine ähnliche Verhandlungssprache geführt hätte, von den Nationalsozialisten als "Landesverräter" und als "Versklaver Deutschlands" beschimpft worden wäre. In diesem Schweigen der Hakenkreuzler lag das klarste Eingeständnis des geheimen Tolerierungspaktes.

Jetzt freilich, wo das Schlussergebnis vorliegt, und wo sogar nicht nur die deutschnationale, sondern auch die volksparteiliche und die Zentrumspresse feststellen müssen, dass die neue Regierung von dem klaren Nein Brünings abgewichen ist, finden die Nationalsozialisten die Sprache wieder. Nazi-Goebbels erklärt stolz: "Wir fühlen uns an den Vertrag von Lausanne nicht gebunden. Die Regierung von Papen spricht nicht im Namen der nationalen Bevölkerung." Der "Völkische Beobachter" stellt fest: "Das Ergebnis bedeutet den restlosen Verzicht auf alle geforderten politischen Voraussetzungen jeder finanzpolitischen Diskussion, ganz abgesehen von der strittigen Frage, ob es zweckmässig gewesen ist, einen Ehrenpunkt der Nation mit Finanzfragen zu verknüpfen. Darum lehnen die Nationalsozialisten Lausanne eindeutig ab."

In der Haltung der Partei Hitlers gegenüber der Reichsregierung der Barone ist von der ersten Stunde an überhaupt nichts "eindeutig", alles vielmehr überaus zweideutig gewesen. Die Haltung der Nationalsozialisten gegenüber der Lausanner Konferenz erinnert sehr an die Stellungnahme der Deutschnationalen zu Locarno. Auch damals wusste jeder seit langem, in welcher Richtung sich die Verhandlungen bewegten, aber die Deutschnationalen, die damals Regierungspartei waren, stellten sich monatelang blind und taub, weil sie zunächst innerpolitische Vorteile in der Form von Agrarzöllen einheimsen wollten. Erst nachträglich taten sie furchtbar erstaunt und entrüstet über den abgeschlossenen Nichtangriffspakt, der einen Verzicht auf Elsass-Lothringen bedeutete.

Das gleiche Theater versuchen jetzt die Nationalsozialisten nachträglich mit Lausanne aufzuziehen. Aber es wird ihnen nicht gelingen, die Mitverantwortung für das Ergebnis von sich abzuwälzen. Sie haben nicht dagegen protestiert, als Papen wiederholt in Lausanne behauptete, er vertrete dort im Gegensatz zu seinen Vorgängern auch die "nationalen" Kreise des deutschen Volkes. Sie haben nicht protestiert, als Papen deutlich zu erkennen gab, dass er sich auf eine Restzahlung einlassen würde. Sie haben den Schwindel stillschweigend mitgemacht, der darin bestand, dass man diese 3 Milliarden nicht mehr als "Reparationen", sondern als "Beitrag zum europäischen Wiederaufbau" bezeichnete, was im Endeffekt natürlich ein und dasselbe ist. Sie haben so getan, als glaubten sie ernsthaft an die Möglichkeit eines Erfolges bei dem Vorstoss für die Abschaffung des Artikels 231 des Versailler Vertrages und für die Wiedergewinnung der deutschen "Wehrfreiheit". Dabei stand von vornherein für jeden klardenkenden Menschen fest, dass dieser doppelte Vorstoss aussichtslos war und nur zur Besänftigung der Harzburger Front unternommen wurde.

Jetzt, wo alles vorüber ist, wo eine Restzahlung von 3 Milliarden unterschrieben und die politischen Forderungen Papens restlos abgelehnt worden sind, finden die Hitler, Goebbels und Konsorten die Sprache wieder und führen einen Theaterdonner gegen die Regierung auf, die ihre Existenz ausschliesslich ihnen verdankt. Vergebliches Abrücken! Das Volk erkennt die Zusammenhänge und lässt sich nicht mehr betrügen: für die Notverordnungen ebenso wie für das Fiasko von Lausanne tragen Papen und Hitler das gleiche Mass von Verantwortung.

SPD. Giessen, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

In Giessen kam es in den letzten Tagen wiederholt zu schweren Ausschreitungen der braunen Horden, die zum Teil mit Stahlhelmen versehen waren. Die Nazi-Rowdies schossen gruppenweise auf Reichsbannerleute. Der Polizeibeamte Becker aus Butzbach wurde verletzt. Ein 18jähriger Handlungsgehilfe erhielt einen Durchschuss durch Brust und Rücken. Besonders taten sich bei den Schiessereien die Giessener SA-Leute Haaf und Horn hervor. Horn verletzte den Handlungsgehilfen. Er ist verhaftet und geständig.

SPD. Hamburg, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

In Altona kam es in der Nacht zum Sonnabend zu erheblichen Strassenunruhen durch nationalsozialistische Umzüge.

Die Nationalsozialisten veranstalteten abends einen "Werbemarsch", an dem etwa 1000 Mann teilnahmen. Ihre Werbetätigkeit bestand darin in erster Linie alle politisch Andersgesinnten, die ihnen bei ihrem Umzug in den Weg liefen und durch irgendwelche Abzeichen kenntlich waren, anzupöbeln und zu misshandeln. So kam es in verschiedenen Strassen,besonders in Bahrenfeld und in Steenkamp, mehrfach zu Zusammenstössen, in deren Verlauf mehrere Personen verletzt wurden. Da das Treiben der Nazis einen bürgerkriegsähnlichen Zustand annahm, löste die Polizei den Zug auf. Einzelne Trupps der Nazis machten dann noch Jagd auf Republikaner. In der Nacht kam es schliesslich am Bahrenfelder Steindamm zu einem Zusammenstoss mit der Polizei. Drei Nationalsozialisten wurden festgenommen. Bei den Sistierten fand man eine Armeepistole, eine Schreckschusspistole, einen 9 mm Trommelrevolver und einen Schlagring. Bei der Durchsuchung eines nahegelegenen Gartens wurden noch zwei Pistolen und ein Trommelrevolver gefunden. Alle sechs Schusswaffen waren geladen.

SPD. Lausanne, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Im grossen Festsaal des Hotels Beau Rivage fand am Sonnabend vormittag die feierliche Schlussitzung der Lausanner Konferenz statt. Um das riesige Quadrat der grünen Tische waren die Delegierten vollzählig versammelt, dahinter ungeheurer Andrang, Presse und Publikum. Im Innern des Quadrats lag das englisch und französisch ausgefertigte Original des Lausanner Vertrages zur Unterschrift bereit.

Nach Eröffnung gaben nacheinander Sir John Simon-England, Germain Martin-Frankreich und Mosconi-Italien die Erklärung ab, dass das Moratorium vom 16.Juni, das Deutschland für die Reparationen gewährt wurde, auch auf die Kriegsschulden unter den europäischen Staaten ausgedehnt werde bis zur vollkommenen Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Lausanner Vertrages od r bis zum Nachweis der Unmöglichkeit einer Ratifikation. Es folgte dann die Unterzeichnung des Vertrages durch die sechs einladenden Mächte und die britischen Dominien, durch MacDonald als Präsidenten der Konferenz, Renkin, Symons und Franklin (Belgien), Sir John Simon-England, Sir Ryrie-Australien, Ferguson-Kanada, Herriot, Germain Martin, Durant, Paganon und Bonnet (Frankreich), Mosconi und Beneduce (Italien), Yoshida (Japan), Zaleski (Polen), Papen, von Neurath, von Krosigk und Warmbold (Deutschland). Auf Vorschlag MacDonalds wurden zu Präsidenten für zwei Vorbereitungsausschüsse der Weltwirtschaftskonferenz Theunis (Belgien) für die Finanzkommission und Bonnet (Frankreich) für die Wirtschaftskommission gewählt.

Die Schlussrede MacDonalds, von stürmischem Beifall begleitet, hob eingangs hervor, dass es gelte, eine neue Energie für den Frieden zu entwickeln. Die Welt müsse sich von den alten Erinnerungen endlich losreissen. Alle gehör-

ten der gleichen Menschheit an. Der Vertrag von Lausanne müsse als erstes Kapitel eines neuen Geschichtsabschnittes betrachtet werden. Seither seien Lasten auf Lasten gehäuft worden. Die Reparationen seien eine Strafe für alle Nationen geworden. Deutschland wolle stärker am Aufbau teilnehmen, aber es helfe gar nichts, neue, zerstörende Zahlungen festzulegen. Zu Frieden und Sicherheit gehöre guter Wille und es sei zu hoffen, dass die Abrüstungskonferenz ebenfalls ihr Ziel erreiche. Dafür müsse die Zusammenarbeit errichtet und zur materiellen die moralische Abrüstung der Völker kommen. Europa sei nicht isoliert, keiner könne leben hinter Barrikaden, die ihn von den anderen trennten. Bis zur Verwirklichung der vollkommenen Abrüstung sei der Friede nicht gesichert. Deutschland und Frankreich müssten weiter gemeinsam arbeiten an der Beseitigung jeder Kriegsdrohung. Nun müsse der Geist der gegenseitigen Hilfe verwirklicht werden. Der Weg zu Frieden, Sicherheit und Wohlergehen sei jetzt geöffnet.

Herriot dankte darauf im Namen der Konferenz MacDonald für seine ungeheure Arbeitsleistung, seinen Mut und seine Autorität als Verhandlungsleiter. Ebenso sprach er Sir Maurice Hankey den Dank aus für seine grosse Leistung als Generalsekretär der Konferenz.

SPD. Chemnitz, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

In Chemnitz kam es nach einer glänzenden Wahlkundgebung der Sozialdemokratie, in der Reichstagspräsident Löbe mit Hitler abrechnete, zu Zwischenfällen mit der Polizei. Ein offenbar nationalsozialistischer Polizeileutnant gab wiederholt den Befehl, gegen die republikanischen Demonstrationen vorzugehen. Als beispielsweise einige Arbeiter ausriefen: "Nazi verrecke!", sagte dieser Leutnant: "Erst muss Severing verrecken!" und liess rücksichtslos auf sozialdemokratische Arbeiter einschlagen.

SPD. Bukarest, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Der mit grosser Heftigkeit geführte Wahlkampf hat bereits drei Menschenleben gefordert. In der Stadt Busau kam es zwischen Anhängern der liberalen und der nationalzaranistischen Partei zu einem schweren Zusammenstoss, in dessen Verlauf ein nationalzaranistischer Stadtrat einen Bauchschuss erhielt. Der Schwerverletzte griff ebenfalls zum Revolver und streckte den liberalen Abgeordneten Bradanu durch mehrere tödliche Schüsse nieder. Mit den Worten: "Das ist meine Rache" brach der Angreifer zusammen. Bald darauf starb er.

SPD. Köln, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

In der riesigen Rheinlandhalle, die 15 000 Personen fasst, eröffnete die Kölner Sozialdemokratie den Wahlkampf. Der grosse Saal war überfüllt.

Sollmann, der Spitzenkandidat für Köln-Aachen, sprach unter tosendem Beifall scharf gegen Papen und Hitler. Die Sozialdemokratie werde Papens Tributpolitik nicht anerkennen. Die Situation sei so: die von der Sozialdemokratie tolerierte Regierung Brüning habe effektiv die Tributzahlungen seit Jahr und Tag eingestellt und die von Hitler tolerierte Regierung Papen nehme die Tributzahlungen wieder auf. Dafür müssten im kommenden Reichstag die Nationalsozialisten die Verantwortung übernehmen. "Die Nazis drohen - so fuhr Sollmann fort - Tag für Tag mit Köpferollen. Die Sozialdemokraten sind Gegner der Todesstrafe, aber es kann der Moment kommen, wo wir gesetzlich die Todesstrafe fordern für die Verbrecher, die das Rollen der Köpfe

fordern. Die Sozialdemokraten sind Gegner der Prügelstrafe, aber es kann der Moment kommen, wo wir gegen gewisse politische Verbrecher fordern, das Verbot der Prügelstrafe aufzuheben. Wir fallen keinen Nazi an, aber wir haben andere Mittel, um uns zu helfen. Merkt Euch die Beamten, die jetzt zu den Nazis hinüberwechseln. Hungert die nationalsozialistischen Geschäftsleute aus. Am 31.Juli wird die Eiserne Front die Ehre des deutschen Namens retten gegen die braunen Barbaren."

Stürmischer, immer wiederholter Beifall folgte diesen Ausführungen.

SPD. Aus dem Saargebiet wird uns geschrieben :

Eine schmerzliche Enttäuschung erlebten der Gemeinderat und die Einwohner des Wohnortes des Reichskanzlers von Papen, des saarländischen Dörfchens Wallerfangen. Herr von Papen führte gegen seine Wohnsitzgemeinde einen Wasserleitungsprozess, der jetzt mit einem Vergleich beendet wurde, wonach die Gemeinde ihm 200 000 Frs. Abfindung und für drei Generationen seiner Familie (also bis zum Tode seiner Enkel!) für sein Schloss, dessen Park mit Fontäne und Weiher und die Oekonomiegebäude das gesamte Wasser unentgeltlich liefern muss. Herr von Papen hatte selbst den dreifachen Betrag der Abfindung gefordert und wenn auch ein "Rechtsanspruch" des Herrn von Papen juristisch nicht zu bestreiten ist, so stützt er sich doch auf einen Vertrag, den man als unmoralisch bezeichnen muss, - "unmoralisch" auch im Sinne jener Papen'schen Regierungerklärung, die den "Wohlfahrtsstaat" (wobei es sich diesmal wiederum um ganz unberechtigte Wohltaten für seine eigene Familie handelt!) im Hinblick auf die sittlichen Kräfte der Nation für "unmoralisch" erklärt.

Diese Wasserleitungsgeschichte ist zur Illustration der Papenschen Regierungserklärung ausserordentlich lehrreich: Die Schwiegermutter des Herrn von Papen, die er inzwischen beerbt hat, schloss im Jahre 1919, zu einer Zeit, als die Gemeinde ohne Bürgermeister und der Gemeinderat noch nach dem alten Dreiklassenwahlrecht besetzt war, mit der Gemeinde einen Vertrag ab, auf Grund dessen sie der Gemeinde eine ihr vererbte Wasserleitung, an der auch nach und nach sich eine Reihe von Bürgern der Gemeinde angeschlossen hatten, überliess gegen die Bedingung, dass ihr 20 % der gesamten gegenwärtigen und zukünftigen Brutto-Wassergeldeinnahme der Gemeinde Wallerfangen ausbezahlt und ihr für vier Generationen der eigene sehr grosse Wasserbedarf für Schloss, Parkanlagen, Oekonomie u.s.w. unentgeltlich gestellt werde. Der aufgrund des Dreiklassenwahlrechtes sehr merkwürdig zusammengesetzte und sehr schlecht beratene Gemeinderat ging diesen ausserordentlich bedenklichen Vertrag ein, der für die von Bochs und ihre Erben, die von Papens, ein ausgezeichnetes Geschäft darstellte, das noch in den Mantel der Wohltätigkeit ("Geschenk" der Wasserleitung an die Gemeinde) gekleidet wurde.

Inzwischen erhielt die Gemeinde einen neuen Bürgermeister und ein neues Gemeindeparlament nach dem neuen demokratischen Wahlrecht. Es erwies sich als dringende Notwendigkeit, die gesamte Gemeinde, die zu mehr als drei Fünftel noch ohne Wasserleitung war, mit Wasser zu versorgen und die Gemeinde wandte dafür insgesamt rund 1½ Million französische Franken auf, an deren Aufbringung sich aber die Bochs bezw. die Papens nicht beteiligten. Trotzdem verlangten sie für die inzwischen erfolgte Ausdehnung auf den gesamten Ort, auf eine im Nachbarort gelegene Brauerei mit mehr als 100 000 cbm Wasserverbrauch und auf eine kleine Nachbargemeinde von der gesamten Bruttoeinnahme der Gemeinde an Wassergeld 20 %! Der neue Gemeinderat hielt das unter Führung der Sozialdemokratie für unmöglich und forderte die endgültige Bereinigung dieser Angelegenheit. Herr von Papen, inzwischen Erbe derer von Boch in Wallerfangen geworden, strengte einen Prozess an, in dem es nunmehr zu dem oben angegebenen Vergleich kam.

Obgleich der Gemeinderat den Herrn von Papen in die Gemeinderatssitzung laden liess und ihm die ausserordentlich gedrückte Lage der Gemeinde vorhielt und darauf hinwies, dass unter 3700 Einwohnern nicht weniger als 800 laufend unterstützt werden müssen, weiterhin darauf hinwies, dass der damalige Vertrag des alten Gemeinderats geradezu als ein schwerer Verstoss gegen die eigentlichen Gemeindeinteressen angesehen werden müsse, und ihn endlich darauf hinwies, dass die Gemeinde bei Durchsetzung der Papenschen Forderung gezwungen sein würde, ihren Wasserpreis um mindestens 33 1/3 % (!) zu erhöhen, bestand Herr von Papen auf seiner Abfindung mit der Erklärung, dass er "seinen Kindern eine Rente sichern" müsse! Auch eine Illustration zum "Wohlfahrtsstaat"!

Man kann es deshalb verstehen, dass der Gemeinderat und die Mehrzahl der Einwohner von Wallerfangen keine Neigung verspüren, demnächst Herrn Reichskanzler mit Pomp zu empfangen, wie das der Kriegerverein, dessen Vorsitzender Herr von Papen ist, angeregt hat und zwar umsomehr, als das Verhalten des Herrn von Papen in denkbar schärfstem Gegensatz steht zu der Grosszügigkeit der französischen Familie Fabier in Wallerfangen, mit der Herr von Papen durch die Einheirat in die Familie Boch entfernt verwandt ist: Während die Fabiers der Gemeinde das notwendige Land zum Bau einer Siedlung von 25 Häusern bedingungslos schenkten, kann die Gemeinde eine für diese Siedlung vorgesehene Strasse deshalb nicht anlegen, weilsie dabei Grundstücke von Papens berühren muss, für die er Forderungen stellt, die dem Gemeinderat als zu hoch erscheinen! Dabei stammt der Reichtum derer von Boch und von Papen nicht zuletzt aus den Knochen der Wallerfangener Arbeiter, die in der Wallerfangener Steinzeugfabrik, einem Zweig des Familienunternehmens Villeroy & Boch, zu schauderhaft schlechten Löhnen und unter den denkbar schlechtesten hygienischen Bedingungen buchstäblich ihre Haut zu Markte tragen durften und die kulturwidrigen Arbeitsbedingungen mit auffallend frühem Tode zu bezahlen hatten, wobei dann die Sorge für Witwe und Kinder der Gemeinde verblieb.

Gemessen an diesen Verhältnissen gewinnt das Wort des Kanzlers vom "Wohlfahrtsstaat" eine ganz neue Beleuchtung: Wohlfahrt für die oberen Zehntausend, aber Ausbeutungsfreiheit gegenüber den breiten Massen!

SPD. Nürnberg, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

In Weissenburg in Mittelfranken kam es zu schweren Zusammenstössen zwischen Hitlerhorden und Reichsbannerkameraden. Als auf dem Marktplatz eine republikanische Kundgebung eröffnet werden sollte, liessen die Notverordnungsjacken 5 Motorräder laufen um die Veranstaltung der Eisernen Front unmöglich zu machen. Als jedoch auch diese Störung nichts nützte, überfielen die Hakenkreuzler mit Messer und Schlagringen die Demonstranten. Fünf schwerverletzte Reichsbannerleute blieben auf dem Kampfplatz.

SPD. Aus Oldenburg wird uns geschrieben :

Der Oldenburgische Landtag hat sich nach zwei Sitzungen bis auf weiteres vertagt; d.h. die Nazis, die jetzt Regierungspartei sind, haben auf Wunsch ihrer drei Minister diese Vertagung gegen den Willender Opposition durchgesetzt. Die so gewaltsam herbeigeführte Ausschaltung des Landtages geschah, wie selbst die bürgerliche Presse anführt, aus Angst der Nazis vor ihrer eigenen Schwäche und aus Furcht vor dem 31.Juli. Die Herrschaften wollten alle Kritik an ihrem Tun ausschalten und so scheute sie sich auch nicht, eine ganze Anzahl Eingaben und Petitionen aus der Bevölkerung, dem Landtage vorläufig zu entziehen und so das Petitionsrecht des Volkes zunichte zu machen.

Der Wortführer des Zentrums bezeichnete die drei Naziminister als ganz

unfähige Menschen, die lediglich imstande wären, ihre Unterschriften unter die Arbeiten der Regierungsräte zu setzen. Der kommunistische Redner, der gewaltsam aus der Sitzung verwiesen wurde, meinte, dass Herr Röver Ministerpräsident geworden sei, wäre nur ein Ulk, über den das ganze oldenburgische Volk lache. Der Landvolkabgeordnete, der seinerzeit an der Seite der Nazis mit für die Einsetzung der gegenwärtigen Regierung gestimmt hatte, erklärt jetzt in einem Offenen Briefe, dass er alles Vertrauen zu dieser Regierung verloren habe. Er sei als Gemeindevorsteher in der Lage, die Dinge zu beurteilen und er sehe bereits, dass die Nationalsozialisten vollständig versagten. Weshalb er bereits in der Schlussitzung gegen die neue Regierung stimmte.

Welche Stellung die Oppositionsparteien zu dem Schritt der Regierung bezw der Landtagsmehrheit einnehmen werden, steht noch nicht fest. Wahrscheinlich wird es zu einem Verfassungsstreit kommen, der vor dem Oberverwaltugsgericht ausgetragen werden muss. Im übrigen bleibt es in Oldenburg bei derei Ministern wie bisher. Der Zentrumsantrag, der nur einen Minister vorsah, wurde von der Nazimehrheit abgelehnt, obwohl die Nationalsozialisten im alten Landtag, in dem sie noch nicht die entscheidende Macht besassen, es aus agitatorischen Gründen immerso hinstellten, als genüge ein Minister. So damals, jetzt jedoch, wo die Herren am Ruder sind, scheinen ihnen die drei Posten ganz willkommen zu sein. Wobei noch zu beachten ist, dass die drei bisherigen Minister mit einer rechthohen Pension zur Ruhe gesetzt worden sind. Und das nennen die Nazis sparen.....

SPD. Amsterdam, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Sanierungsvorschlag für die niederländischen Staatsfinanzen, der am Sonnabend unter dem Titel "Ersparnisbericht" veröffentlicht wurde, stellt nach allgemeinem Urteil einen so ungeheuerlichen Angriff auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung dar, dass das sozialistische "Het Volk" von einem Ersparniswahnsinn spricht.

Auf Grund dieses Berichts wird eine Verminderung der Arbeitslosenunterstützung um 15 %, ein dauernder Gehaltsabbau für verheiratete Beamte um 8 % und für unverheiratete Beamte um 13 % geplant, Ausserdem sollen 12 % des Reichspersonals entlassen werden. Allein aus der Verminderung der Beamtengehälter wird eine Ersparnis von 24 Millionen Gulden erwartet. Im Unterrichtshaushalt sollen, namentlich durch Zusammenlegung zahlreicher Volksschulen 15,4 Millionen Gulden, im Haushalt des Wasserbauministeriums durch vorläufige Einstellung weiterer Trockenlegungsarbeiten im Zuiderseegebiet 25,3 Millionen Gulden, im Haushalt des Arbeitsministeriums 13,2 Millionen Gulden und bei der Landesverteidigung 7,5 Millionen Gulden erspart werden. Von sonstigen Massnahmen sei die Aufhebung von 50 Amtsgerichten und 6 Landgerichten erwähnt. Die auf diese Weise erzielten Ersparnisse werden mit 101,8 Millionen Gulden berechnet und es wird bemerkt, dass wahrscheinlich ein zweiter ebenso weit reichender Einschnitt in die Lebenshaltung des Volkes erforderlich sein werde. Der Vorschlag verlangt schliesslich noch einen entsprechenden Abbau der Löhne und Gehälter des Personals im öffentlichen Dienst und bezeichnet die Löhne der Privatindustrie gegenüber England und Skandinavien als um 30 % zu hoch.

Die niederländische Sozialdemokratie und die Gewerkschaften werden diesen "Frontangriff", wie Het Volk den Ersparnisbericht nennt, im ganzen Lande mit 50 Protestkundgebungen beantworten.

SPD. Paris, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Der Freiburger Professor der Philosophie, Husserl, ist am Sonnabend einstimmig zum korrespondierenden Mitglied der französischen Akademie der Wissenschaften (nicht zu verwechseln mit der Académie francaise) ernannt worden. Husserl ist der erste Deutsche, der nach dem Kriege in die Akademie aufgenommen worden ist.

SPD. Nürnberg, 9.Juli(Eig.Drahtb.)

In Auerbach in der Oberpfalz erklärte ein wohlbestellter Gemeindebeamter, der Mitglied der Hitler-Partei ist, folgendes :

"Die Unterstützungen zahl' ich aus, solang' ich will. Wenn ich nimmer will, dann bekommt ihr einen Dreck! Was ihr bekommt, ist alles noch zu viel. Wartet nur bis zum 1.August, dann ziehen wir mit 80 Prozent in den Reichstag und machen Schluss mit euch!"

Dieses Geständnis einer Nazi-Seele wird hoffentlich am 31.Juli von den Arbeitslosen und Kleinrentnern nicht vergessen werden.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die SA-Männer Soldan, Seipel und Zwiklinski, die am 23.April 1932 in Berlin-Steglitz den Architekten Freeck erschlugen, verurteilte das Gericht Soldan zu 3 Jahren, Seipel zu 1 Jahr und Zwiklinski zu 8 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gegen alle drei Angeklagten zusammen nur 3 1/4 Jahr Gefängnis beantragt! Aber auch das Gericht zeigte sich ausserordentlich milde. Es meinte, dass man den drei SA-Männern nicht hätte nachweisen können, dass sie mehr verabredet hätten als eine jener üblichen "Abreibungen". (Vergl. "Aus Aller Welt".)

SPD. Paris, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Die beiden italienischen Bergungsdampfer "Artiglio" und "Rostro" sind am Sonnabend-Mittag an der Stelle eingetroffen, an der das U-Boot "Promethée" verunglückt ist. Mit den Bergungsarbeiten wurde sofort begonnen. Hoffnung auf Rettung der Besatzung hat man jedoch kaum noch.

SPD. Leipzig, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

In dem Leipziger Sprenggruppen-Prozess wurden sämtliche kommunistische Angeklagte wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz zu Zuchthausstrafen zwischen 8 Jahren und 1 Jahr 6 Monaten verurteilt. Einem Teil der Angeklagten wurden ferner wegen Verbrechens gegen das Republikschutzgesetz und weben unbefugten Waffentragens Strafen zudiktiert; einige erhielten Festungsstrafen. Insgesamt hatten sich 24 kommunistische Angeklagte aus Berlin, Thüringen und Breslau zu verantworten.

SPD. Brüssel, 9.Juli(Eig.Drahtb.)

Die Lage in den belgischen Streikgebieten hat sich inzwischen weiter verschlechtert. In den Revieren des Borinages, la Louvière und Charleroi ist der Streik jetzt allgemein. Am Sonnabend hat sich die Bewegung auf einige Zechen des Lütticher Reviers ausgebreitet. Die Schuld daran trägt die Regierung, die

vorübergehend die Zechen durch Gendarmerie besetzen liess. Seit die Gendarmerie zurückgezogen ist, herrscht wieder Ruhe.

In Charleroi, wo Streikende in die Betriebe der grossen Eisenwerke Providence eindrangen, kam es zu ernsten Zusammenstössen mit der Polizei. Vier Polizisten und zwei Streikende wurden verletzt. In mehreren Industrieorten des Borinages und des Centre schlug die Gendarmerie mit blanker Waffe auf die demonstrierende Menge ein. In mehreren Orten des Borinages sowie in Montigny sur Sambre machte die Gendarmerie von der Schusswaffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verletzt. Bisher hat die Regierung nicht unternommen, um die aufgeregten Gemüter der Arbeiter zu beruhigen. Dagegen hat sie auf Verlangen der Zechenbesitzer und Industriellen in aller Eile Truppen aus allen Teilen des Landes in die Streikgebiete entsandt.

SPD. Warschau, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Drei wegen ihres politischen Hintergrundes besonders interessante Skandalprozesse fanden heute fast gleichzeitig in Warschau ihren Abschluss. In zwei Fällen handelt es sich bei den Angeklagten um Mitglieder einer organisierten pilsudskistischen Bande, die seit Jahren straflos planmässig eine Terrorisierung und Erpressung ganzer Warschauer Stadtviertel ausübte. Als ihr Unwesen nun Menschenleben zum Opfer forderte, sah sich die Polizei schliesslich gezwungen, einzugreifen. Dabei stellte es sich heraus, dass der Führer dieser Bande gleichzeitig pilsudskistischer Warschauer Stadtrat war, der sich besonders grosser Beliebtheit erfreute. Im dritten Prozess handelt sich sich um einen Mord, den ein pilsudskistischer städtischer Beamter an seinem Vorgesetzten verübt hat. Er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Von den übrigen Angeklagten wurden zwei weitere ebenfalls zu lebenslänglichem Zuchthaus, die übrigen zu Zuchthaus oder längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

SPD. Breslau, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend-Abend gegen 20 Uhr sprach der schlesische Gauleiter der NSDAP, der Reichstagsabgeordnete Helmuth Brückner-Breslau, in der Schlesischen Funkstunde über die völkische Aufgabe Schlesiens. Die Rede Brückners, die von der republikanischen Bevölkerung Schlesiens als toller politischer Skandal empfunden wird, beweist, dass die Nationalsozialisten in keiner Weise gewillt sind, sich an die Bedingungen zu halten, unter denen der Rundfunk von der Regierung Papen für Wahlreden freigegeben wurde.

Brückner behandelte sein Thema zunächst, wogegen an sich nichts einzuwenden wäre, unter grossdeutschem Gesichtspunkt, unternahm dabei jedoch einige überflüssige Ausfälle in aggressiv-irredentistischem Sinn gegen den Völkerbund, sowie gegen die Nachbarstaaten Schlesiens, gegen Polen und die Tschechoslowakei. Eine grobe Verletzung der Empfindung Andersdenkender, wie sie bekanntlich in den Rundfunk-Wahlreden der Parteien unter allen Umständen vermieden werden soll, stellte eine Äusserung Brückners von marxistischen Fälschern und gewissenlosen Volksbetrügern dar. Desgleichen die eindeutige antisemitische Bemerkung, dass der schlesische Handel sich in früheren Jahrhunderten nicht wie gegenwärtig von Galizien her habe beeinflussen lassen. Der Nazigauleiter Brückner schloss seinen Vortrag mit dem im Manuskript selbstverständlich nicht vorgesehenen Faschistengruss: "Heil Hitler!"

---

vorübergehend die Zechen durch Gendarmerie besetzen liess. Seit die Gendarmerie zurückgezogen ist, herrscht wieder Ruhe.

In Charleroi, wo Streikende in die Betriebe der grossen Eisenwerke Providence eindrangen, kam es zu ernsten Zusammenstössen mit der Polizei. Vier Polizisten und zwei Streikende wurden verletzt. In mehreren Industrieorten des Borinages und des Centre schlug die Gendarmerie mit blanker Waffe auf die demonstrierende Menge ein. In mehreren Orten des Borinages sowie in Montigny sur Sambre machte die Gendarmerie von der Schusswaffe Gebrauch. Mehrere Personen wurden verletzt. Bisher hat die Regierung nicht unternommen, um die aufgeregten Gemüter der Arbeiter zu beruhigen. Dagegen hat sie auf Verlangen der Zechenbesitzer und Industriellen in aller Eile Truppen aus allen Teilen des Landes in die Streikgebiete entsandt.

SPD. Warschau, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Drei wegen ihres politischen Hintergrundes besonders interessante Skandalprozesse fanden heute fast gleichzeitig in Warschau ihren Abschluss. In zwei Fällen handelt es sich bei den Angeklagten um Mitglieder einer organisierten pilsudskistischen Bande, die seit Jahren straflos planmässig eine Terrorisierung und Erpressung ganzer Warschauer Stadtviertel ausübte. Als ihr Unwesen nun Menschenleben zum Opfer forderte, sah sich die Polizei schliesslich gezwungen, einzugreifen. Dabei stellte es sich heraus, dass der Führer dieser Bande gleichzeitig pilsudskistischer Warschauer Stadtrat war, der sich besonders grosser Beliebtheit erfreute. Im dritten Prozess handelt sich sich um einen Mord, den ein pilsudskistischer städtischer Beamter an seinem Vorgesetzten verübt hat. Er wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Von den übrigen Angeklagten wurden zwei weitere ebenfalls zu lebenslänglichem Zuchthaus, die übrigen zu Zuchthaus oder längeren Gefängnisstrafen verurteilt.

SPD. Breslau, 9.Juli (Eig.Drahtb.)

Am Sonnabend-Abend gegen 20 Uhr sprach der schlesische Gauleiter der NSDAP, der Reichstagsabgeordnete Helmuth Brückner-Breslau, in der Schlesischen Funkstunde über die völkische Aufgabe Schlesiens. Die Rede Brückners, die von der republikanischen Bevölkerung Schlesiens als toller politischer Skandal empfunden wird, beweist, dass die Nationalsozialisten in keiner Weise gewillt sind, sich an die Bedingungen zu halten, unter denen der Rundfunk von der Regierung Papen für Wahlreden freigegeben wurde.

Brückner behandelte sein Thema zunächst, wogegen an sich nichts einzuwenden wäre, unter grossdeutschem Gesichtspunkt, unternahm dabei jedoch einige überflüssige Ausfälle in aggressiv-irredentistischem Sinn gegen den Völkerbund, sowie gegen die Nachbarstaaten Schlesiens, gegen Polen und die Tschechoslowakei. Eine grobe Verletzung der Empfindung Andersdenkender, wie sie bekanntlich in den Rundfunk-Wahlreden der Parteien unter allen Umständen vermieden werden soll, stellte eine Äusserung Brückners von marxistischen Fälschern und gewissenlosen Volksbetrügern dar. Desgleichen die eindeutige antisemitische Bemerkung, dass der schlesische Handel sich in früheren Jahrhunderten nicht wie gegenwärtig von Galizien her habe beeinflussen lassen. Der Nazigauleiter Brückner schloss seinen Vortrag mit dem im Manuskript selbstverständlich nicht vorgesehenen Faschistengruss: "Heil Hitler!"

SPD. Zum Internationalen Antikriegskongress hat Genosse Vandervelde-Brüssel als Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiter-Internationale eine Einladung erhalten, die er dem Sekretär Friedrich Adler-Zürich übersandt hat, damit das Büro der SAJ darüber entscheide. Friedrich Adler hat nun an Romain Rolland als einen der Einberufer dieses Kongresses in einem längeren Schreiben auf gewisse Widersprüche in den Aufrufen zu diesem Kongress hingewiesen und Auskunft erbeten, ob die teilnehmenden Organisationen bei den Abstimmungen entsprechend ihrer Mitgliederzahl gewertet werden sollen und ob Sicherheit dafür gegeben werde, dass nicht Einzelpersonen den Kongress majorisieren können. In diesem Schreiben äussert Friedrich Adler bei aller Hochschätzung Romain Rollands die Vermutung, dass der Kongress, dessen weitere Einberufer die Kommunisten Henri Barbusse und Maxim Gorki sind, eines jener Einheitsfrontmanöver sein könnte, von denen sich die SAJ nach vielen traurigen Erfahrungen fern halten müsse. Von der Antwort Rollands macht Friedrich Adler die Beteiligung an den Vorbereitungsarbeiten abhängig.

SPD. Warschau, 9. Juli (Eig Drahtb.)

Auf eine Beschwerdenote des Danziger Senats über den Boykott der Danziger Erzeugnisse und der auf Danziger Gebiet liegenden Kurorte durch Polen antwortet heute eine halbamtliche Warschauer Erklärung mit dem Hinweis darauf, dass das Danziger Hitlerblatt seinerzeit ständig zum Boykott von polnischen und jüdischen Firmen auffordere. Die Taktik der Danziger Nationalsozialisten dient also wieder einmal den polnischen Nationalisten zur Rechtfertigung ihrer terroristischen Massnahmen. Ein erheblicher Teil der Warschauer Presse stellt sich aber neuerdings auf den vernünftigen Standpunkt, dass die Boykottpolitik Polens gegenüber Danzig auf die Dauer keinen Vorteil bringen kann.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Nazi-Banditen.

SPD. Die Gerichtschroniken des Tages sind heute in erster Linie Chroniken nationalsozialistischer Kriminalität. Die oft erörterte Frage, ob es ein typisches "Verbrechergesicht" gibt, ist durch das landläufige Banditentum der Träger der Notverordnungsjacken positiv entschieden: es ist das Gesicht der NSDAP. Aus der Chronik des Sonnabends ist u.a. zu melden:

Der Denkzettel...

Vor dem Schwurgericht beim Landgericht II Berlin begann die Verhandlung gegen die drei Berliner Nationalsozialisten Soldan, Seipel und Zwiklinski. Die Beschuldigten haben am Sonnabend, dem 23.April, am Vorabend der Preussenwahl, den 39jährigen Architekten Hugo Freeck aus Charlottenburg am Ende einer nationalsozialistischen Bierreise erschlagen. Nach der Tat haben die Mörder den Leichnam über einen Zaun geworfen... Die Verbrecher - einer von ihnen wird von dem deutschnationalen Justizrat Hahn verteidigt - behaupten, dass sie Freeck nur einen "Denkzettel" hätten verabreichen wollen. Sie hielten ihn für einen Spitzel, deshalb haben sie kurzen Prozess mit ihm gemacht. Eben nationalsozialistischen Prozess.

"Schützt Goebbels!"

Vor einem andern Berliner Gericht wird seit Tagen der nationalsozialistische Mordprozess Norkus verhandelt. Eine sehr interessante Bekundung machte der Zeuge Jahnson, der Adjutant des von den Hitlergarden abgesprungenen Hauptmann Stennes. Jahnson soll Stennes zeitweise für einen verkappten Bolschewisten gehalten haben. Umgekehrt war gegen ihn der Verdacht laut geworden, dass er selbst - ein Polizeispitzel sei. Der Zeuge erklärte zu diesem Punkt unter lebhafter Heiterkeit: "Meine einzige Verbindung hatte ich zur Polizei, als ich noch bei der NSDAP. tätig war. Wenn damals Dr.Goebbels im Friedrichshain bei einer Versammlung sprechen sollte und um sein teures Leben Angst hatte, musste ich im Auftrag des Gaubüros zur Polizei gehen und erklären: "Um Gottes willen, schützt Dr.Goebbels!"

Dunkelsgrund.

"Dunkelsgrund" ist eine kleine Kolonie in Karlshorst bei Berlin. Der Name klingt für Nazis zu verlockend, als dass sie ihn nicht zum Namen eines Schlachtfeldes machen möchten. In der Nacht zum Sonnabend wurde dort ein parteiloser Arbeiter, der sich auf dem Nachhauseweg befand, von SA-Leuten hinterrücks überfallen, zu Boden geschlagen und grausam misshandelt. Der Arbeiter wurde schwer verletzt ins Krankenhaus überführt. Die SA-Banditen entkamen.

"Wolfsschlucht" - auch dieser Name scheint sadistische Gemüter zu reizen. Vor einem Lokal dieses Namens in Niederschönhausen bei Berlin verübten gleichfalls in der Nacht zum Sonnabend SA-Leute einen Feuerüberfall auf Reichsbannermitglieder.

Einheitsfront Hitler - Lahusen.

Im Nordwolleskandal hat die Bremer Staatsanwaltschaft die bereits abgeschlossene Voruntersuchung gegen die beiden kapitalistischen Betrüger Lahusen wieder aufgenommen. Bisher umfasst die Anklageschrift 405 Seiten; sie wird nun erheblich länger werden. Und die nationalsozialistischen Anwälte werden viel zu tun bekommen: unter den Verteidigern von G.Karl Lahusen sind

nämlich die Herren Luetgebrune und Franck II. Herr Luetgebrune ist ein bei Fememördern gesuchter Anwalt; der Reichstagsabgeordnete Franck II ist der durch seine Hysterie hinreichend bekannte juristische Beistand Judas Hitlers...

+ + +

Auch eine Liebestragödie... In einem Park in Dortmund-Barop ereignete sich ein tragischer Vorfall. Ein Polizeiwachtmeister hatte sich mit einem jungen Mädchen im Grase niedergelassen. Nach einiger Zeit sah das Mädchen in einem Gebüsch ein fremdes Gesicht und machte den Wachtmeister darauf aufmerksam. Der Lauscher, ein fünfzehnjähriger Lehrling, flüchtete, der Wachtmeister zog seine Pistole und schoss. Der Lehrling erlitt eine schwere Kopfverletzung, der er nach wenigen Stunden erlag. Der Täter wurde verhaftet.

+ + +

Ueberfällig. Hundert amerikanische Wasserflugzeuge und das Luftschiff "Akron" suchen die Lustyacht "Curlew". Die "Curlew" ist am 25.Juni von Long Island in See gefahren, seitdem jedoch nicht mehr gesehen worden.

+ + +

Explosionskatastrophe. Bei Boryslaw (Ostgalizien) flog der Gasometer eines Petroleumschachts in die Luft. Es wurde bedeutender Sachschaden angerichtet.

+ + +

Nachtflüge. Am 15.Juli eröffnet die Lufthansa die Luftstrecke Köln-Frankfurt a.Main als Frachtspezialstrecke für Nachtflüge. Durch diese Nachtverbindung sind die süddeutschen Wirtschaftsgebiete an die transeuropäische Nachtluftstrecke Moskau - Berlin - London angeschlossen.

+ + +

Opfer des Radiums. In Wien verstarb der bekannte Grazer Radiologe Medizinalrat Dr.Friedrich Dautwitz an den Folgen einer weitgehenden Gewebezerstörung durch Radiumstrahlen.

+ + +

Das Uebliche.... Die Berliner Filmoberprüfstelle hat den amerikanischen Film "Die Rache des Tong" freigegeben. Die Filmprüfstelle hatte den Film vor einigen Tagen aus undurchsichtigen Gründen verboten.

+ + +

Eisenbahnkatastrophe. Bei einem Eisenbahnunglück auf der Strecke Konstantinopel - Angora wurden zehn Personen getötet.

+ + +

Bayreuth 1933. Im Bayreuther Festspielhaus begannen am Sonnabend unter Leitung des Berliner Generalintendanten Tietjen die szenischen und technischen Vorproben für die Bayreuther Festspiele 1933. "Der Ring der Nibelungen" soll in einer völligen Neueinstudierung zweimal aufgeführt werden; für die "Meistersinger" sind 8, für "Parsifal" 5 Vorstellungen vorgesehen. Unter den Dirigenten ist auch u.a. Arturo Toscanini von der Mailänder Scala.

+ + +

Ende einer Liebe. Bei einem Dorf in der Nähe von Smyrna wurde eine junge Frau entdeckt, die seit neun Jahren allein in dem hohlen Stamm einer Eiche mitten im Walde lebte. Die Einsiedlerin erzählte, dass sie aus Rumänien stamme, während des Krieges mit einem türkischen Leutnant, in den sie sich verliebt hätte, nach Smyrna geflüchtet sei, dann aber von ihrem Liebhaber verlassen worden sei. Die Frau berichtete weiter, dass sie seit Jahren keinen Menschen mehr zu Gesicht bekommen habe, ihr Versteck nur des nachts verlasse und von Beeren und Gras lebe.

Gewerkschaftliche Rundschau

Was sind Hoffnungen - -?

SPD. "Man hat Erwartungen im deutschen Volke erzeugt, die nicht befriedigt wurden, und der Kanzler geht schweren innerpolitischen Stürmen entgegen." Mit diesem Stosseufzer schliesst die "Deutsche Allgemeine Zeitung" ihre Kritik an dem Lausanner Misserfolg der Regierung Papen in der Frage der Wehrfreiheit. Dass vor allem die schwerindustrielle Presse von diesem Misserfolg bedrückt wird, ist begreiflich; denn aus dem Reich der Schwerindustrie stammen ja jene grossen politischen und sozialen Restaurationspläne, die mit der Rückgewinnung der Rüstungsgleichheit in Verbindung stehen. Und mit diesen Plänen steht und fällt die Hitlerbewegung, die von der Schwerindustrie finanziert wird.

Wehrfreiheit bedeutet für die Schwerindustrie nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung. Nicht von ungefähr hiess es vor dem Sturz der Regierung Brüning, als die Hitlerpresse ab und zu die Katze etwas aus dem Sack liess, eine Rechtsregierung sei notwendig, weil diese sich viel schneller mit Frankreich verständigen könne, weil eine Verständigung mit Frankreich nicht im Sinne der Sozialisten und Pazifisten, sondern im Sinne der Generalstäbler angestrebt werden müsse und bereits im Bereich der Möglichkeiten liege. Sicherlich haben sich die deutschen Unterhändler in Lausanne in der Hoffnung auf eine solche neuartige Verständigung mit Frankreich in der Frage der Restzahlung zu weit vorgewagt. Das Ergebnis dieses Wagemutes ist, dass Deutschland mit einer Restschuld von drei Milliarden belastet wird, die Wehrfreiheit aber nicht erreicht worden ist. Gerade sie war aber das Hauptziel der Schwerindustrie und ihres Freundes Adolf Hitler.

Worin besteht der schöne grosse Traum der Hitler-Phantasten? Sie träumen von einem Krieg gegen Sowjetrussland, den sie Seite an Seite mit Frankreich führen wollen. Ihr Plan ist furchtbar simpel: sie wollen nicht nur dem Bolschewismus in Russland, sondern dem Sozialismus in ganz Europa den Garaus machen und zugleich die deutsche Republik stürzen, also zwei oder gar noch mehr Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein siegreicher Feldzug in Form eines Kreuzzuges gegen Moskau - so träumen sie - wäre der kürzeste und sicherste Weg, um wieder die Hohenzollern auf den Thron zu bringen. Ein siegreicher Krieg könnte den verlorenen Krieg vergessen machen, und alles wäre wieder in Ordnung.

Schon die Vorbereitung zu diesem Feldzug sollte der Hitlerbewegung eine neue Belebung bringen. Die Drahtzieher des Hitlerbetrugs sind sich darüber im klaren, dass sie auf die Dauer Schiffbruch erleiden müssen, wenn sie nicht in irgendeiner Form ihren proletarischen Mitläufern Arbeit beschaffen. Aufrüstung - sagen sie - das sei die Arbeit, die sehr schnell den Arbeitsmarkt entlasten könne. Mit der Aufrüstung will Hitler das Problem der Arbeitslosigkeit lösen. Daher auch sein zähes Festhalten an dem Arbeitsdienstpflichtgedanken, obwohl dessen wirtschaftliche Sinnlosigkeit längst erwiesen ist. Die wirtschaftliche Seite des Arbeitsdienstpflichtgedankens interessiert die Hitlerstrategen wenig, wohl aber die militärische Seite. Wenn sie mit dem Arbeitsdienst auf der ganzen Linie die Löhne kaput schlagen und damit das Tarifwesen - umso besser für ihre Auftraggeber, die Schwerindustrie und die Scharfmacher im Arbeitgeberlager ganz allgemein. Ohne volkswirtschaftliche

Kenntnis berauschen sich die Hitleranhänger förmlich an der Vorstellung, wie durch den Wiederaufbau des Heeres der Arbeitsmarkt entlastet werde. Wie die Propagandisten des Militarismus der Vorkriegszeit sagen sie, die Armee sei der grösste Auftraggeber, ohne zu bedenken, dass alle Produktion für unproduktive Zwecke nur eine Vergeudung ist.

Die Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung, wie Hitler sie will, kommt nicht. Auf der anderen Seite bleibt die Belastung Deutschlands, wie sie der Lausanner Abschluss gebracht hat, schwer und bedenklich. Schon hat ja die Schwerindustrie durch ihre Presse andeuten lassen, dass eine grosse Reparationsrestsumme für Deutschland ernste sozialpolitische Gefahren schaffe, vor allem Gefahren für die infolge der Wirtschaftskrise in schwere finanzielle Bedrängnis geratene Sozialversicherung.

Und das alles nun, weil Hitler mit Hilfe der Generalstäbler und den Kanonenfabrikanten Europa neuordnen und Deutschland erneuern will, weil unheilbare Phantasten sich einbilden, Frankreich tue ihnen den Gefallen und bewaffne sie zu einem Krieg gegen Russland. Die Gleichberechtigung Deutschlands im Rate der Völker wurd nicht durch die Militaristen, die alle einander nicht über den Weg trauen, wiederhergestellt. Diese Gleichberechtigung ist nur durch den Frieden zu schaffen. Den Frieden schaffen aber nicht die Kanonen. Versailles hat es bewiesen.

SPD. Der Streik in der gräflichen Wurstfabrik E. Brechler A.G. in Greifenhagen geht weiter. Die Gräfin von Montgelas ist noch nicht verhandlungsbereit. Die "Arbeitswilligen", darunter natürlich auch Nazis, machen der Firma und den Abnehmern der Wurstwaren- und Fleischkonserven jedoch, wie der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter mitteilt, wenig Freude; denn zu einer einwandfreien Fabrikation gehört vor allem zuverlässiges Personal, ein hygienisch einwandfreier Betrieb und nicht zuletut auch die Beseitigung der Rattenplage. Herr Brechler senior hält die Katzen für tüchtiger als einen Kammerjäger. Die Praxis lehrtaber, dass die Katzen nicht mehr Rücksicht auf die Betriebseinrichtungen und Rohstoffe nehmen als die Ratten. Der Gräfin Montgelas scheint jedoch ihre feindliche Einstellung gegen freigewerkschaftlich organisierte Fleischergesellen und tarifliche Löhne wichtiger zu sein als ein hygienisch einwandfreier Betrieb.

SPD. Die Zahl der Arbeitsstreitigkeiten hat unter dem Druck der Krise Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahr nur um 3 000 Fälle zugenommen. Sie beträgt 441 643. Tausende von Klagen sind aus Angst vor dem Verlust der Arbeitsstelle unterblieben. Unter diesen Umständen verdient die Forderung der Gewerkschaften, Leistungsklagen von sich aus durchfechten zu dürfen, von neuem erhöhte Beachtung.

Welche Bedeutung die Gewerkschaften gerade in der Krisenzeit für den Arbeitnehmer haben, zeigen die steigenden Ziffern der von den Organisationen zugunsten der Arbeiter und Angestellten erklagten Summen. So hat z.B. der Textilarbeiterverband in seiner Rechtsschutztätigkeit für seine Mitglieder im Jahre 1929 = 135 000 Mark herausgeholt, 1930 = 160 000 und 1931 = 237000 Mark.

Das sind Zahlen, die einem denkenden Arbeiter zu denken geben.